

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Neue Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für den Monat April 25.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 27.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Zuzahlung bezogen für Deutschland, Dänish, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ungarns 40.— M., für das übrige Ausland 57.— M.

Die abgebildeten Konbarettsche oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Anfertigung. Allein Anzeigen: Das feigebrachte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anfertigung. Bank- und Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gelände 2.— M., netto pro Zeile. Stellen-Gelände in Wort-Anzeigen: das feigebrachte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

London—Paris—Genua

Die Rede Lloyd Georges

Wiederherstellung des Friedens und der Wechselfurze. Die Entente und Rußland.

Lloyd George fuhr in seiner Rede im Unterhaus, deren ersten Teil wie im Morgenblatt veröffentlicht haben, fort:

Unter den Anspielungen des Völkerbundes seien zahlreiche Konferenzen abgehalten worden und die Fragen der Wiederherstellung des Friedens, des Vertrauens, des Kredites, des internationalen Handels usw. seien erörtert worden. Die Konferenzen hätten beträchtliche Ergebnisse gezeitigt, wenn sie auch nicht alles erreicht hätten, was sie erreichen sollten. Es wäre aber verfehlt, aus diesem Grunde von einem Mißerfolg zu sprechen. Mit erhobener Stimme sagte Lloyd George dann: Wir dürfen uns nicht zu leicht niederdrücken oder enttäuschen lassen. Wir müssen Geduld, Beharrlichkeit und Festigkeit zeigen. Wenn durch eine Konferenz ein Fortschritt auf dem Wege zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten gemacht wird, so hat diese Konferenz ihren Berechtigungsanspruch erbracht. Ich verheiß nicht, weshalb die Arbeiterpartei gegen die Konferenz ist, da sie doch selbst durch Konferenzen groß geworden ist. Die Welt ist so zerstückelt, ihre lebenswichtigen Organe sind so schwer verwundet, daß der Heilprozeß langsam von Station zu Station gehen wird, und daß die Notwendigkeit Konsultationen abhalten müssen. In Genua werden die Vertreter von 30 Nationen versammelt sein. Warum ist diese große Versammlung nötig? Weil Europa durch den Krieg vom Atlantischen Ozean bis zum Ural verwüstet wurde. Einige Länder leiden unter den Folgen des Krieges mehr, die anderen weniger, aber in Mitleidenschaft gezogen sind alle.

Eines der wichtigsten Probleme, das man behandeln müsse, sei die Wiederherstellung der Weltwirtschaft des internationalen Handels. Die Welt sei eine Handelsinsel. Der Handel Europas sei von der größten Bedeutung für England. Wenn der Handel Europas als Ganzes nicht wiederhergestellt werde, so würden die Kunden Englands nicht in der Lage sein, die von England gelieferten Waren zu bezahlen. Die Tatsache, daß der internationale Handel niedergedrückt sei, berühre daher Großbritannien ganz besonders. Eine der ersten Aufgaben, die in Genua in Angriff genommen werden müßten, sei die Wiederherstellung der Wechselfurze. Vor allem aber sei es wesentlich, daß ein wirklicher Friede unter den Nationen wiederhergestellt werde.

Die Frage des Friedens in Rußland und mit Rußland behandelnd, erklärte Lloyd George, Europa brauche, was Rußland liefern könne. Rußland habe Arbeiter und brauche Materialien. Es werde jedoch kein Kapital erhalten ohne sicheres Vertrauen und ohne inneren sowie äußeren Frieden. Eine weitere Erwägung sei, daß Deutschland nicht die vollen Reparationsforderungen zahlen könne, bevor Rußland wiederhergestellt sei. Rußland müsse seine Verpflichtungen anerkennen. Ein Land, das seine Verpflichtungen nicht anerkenne, weil es keine Regierung gewechselt habe, sei ein Land, mit dem man nicht verhandeln könne. Rußland könne nicht sofort bezahlen, und niemand erwarte dies. Die Angriffe auf die Einrichtungen anderer Länder müßten sofort aufhören. Rußland müsse sich verpflichten, keinerlei aggressive Handlung gegen die Grenzen seiner Nachbarn zu unternehmen. Zu der Frage, ob Rußland diese Bedingungen angenommen habe, erklärte Lloyd George, es seien Anzeichen vorhanden, daß in Rußland eine vollkommene Aenderung der Haltung stattgefunden habe. Die Dungen und habe den Russen die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, daß Rußland von seinen Nachbarn abhängig, Rußland brauche Transportmittel, Maschinen und Kleidungsstücke. Es sei nicht Sache der britischen Regierung, der Genueiser Konferenz zu diktieren. Es sei jedoch notwendig, daß sie vorher ihre Ansicht in einer so wichtigen Frage darlege. Bevor das Unterhaus die Ratifizierung vollzogen habe, könne keinerlei Aenderung in der Vertretung oder in dem Range der diplomatischen Anerkennung der russischen Regierung stattfinden.

Lloyd George schloß mit erhobener Stimme: Ich bin der Ansicht, daß wir ein gemeinsames Verfahren vorschlagen, ein behutsames, ein sehr behutsames Verfahren. Wir tun unser Bestes, um in Gemeinschaft mit Frankreich zu wirken, mit dem wir vier oder fünf jahrhundert alte Kriegslinien zusammengewirkt haben. Wir haben bis jetzt unser Bestes getan, um mit Frankreich in gleichem Schritt zu gehen. In der Behandlung Rußlands haben wir alle vernünftigen Bedenken gegen die Leute, die alle Gefühle verletzt haben, in Betracht gezogen. Wir wollen jedoch rechtzeitig weise sein. Wir schlagen diese Maßnahmen vor, da wir fühlen, daß das europäische Volk sie fordert, daß Europa sie braucht, und daß die Welt danach schreit. (Vehementer Beifall.)

Der internationale Handel.

Lloyd George sagte in seiner Rede noch: Wenn wir die Zahlen unseres internationalen Handels prüfen, so sehen wir, daß er im vergangenen Jahre nur 30 Prozent des Vorkriegsniveaus ausmacht. Der internationale Handel Deutschlands ist auf 25 Prozent gesunken; der französische beträgt 60—70 Prozent, was aber nur auf die Tatsache zurück-

zuführen ist, daß die Ausfuhr aus dem Elfaß, aus Lothringen und aus dem Saargebiet Frankreich zuante kommt. England ist um ungefähr 30 Prozent mehr am internationalen Handel interessiert als alle anderen Länder. Das Problem der Wiederherstellung des internationalen Handels ist also eine lebenswichtige Frage für das britische Volk.

Ueber Rußland sagte Lloyd George noch: Man spricht beständig von großen Armeen in Rußland, die sich darauf vorbereiten sollen, Europa zu überfallen, um dort russische Rührände herbeizuführen. Rußland ist heute ein unerschöpfbares Gebiet, man kann nicht sagen, was dort vorgeht. Wenn aber den besten Gelegenheiten gegeben wird, nach Rußland zu gehen, so werden sie sich klar darüber werden, wie es dort aussieht. Wenn die Gerüchte begründet sind, so werden sie nicht dort bleiben. Diese Gerüchte stellen eine Entschädigung bzw. eine Rechtfertigung für die Existenz von großen Heeren in anderen Ländern dar. Die Effektivstärke dieser Heere wird niemals herabgesetzt werden, solange in Europa kein Frieden herrscht. Wie lange die „Probepolitik“ Rußlands dauern wird, weiß ich nicht. Das hängt allein von Rußland ab. Die Sowjetregierung muß nicht nur ihren guten Willen beweisen, sondern auch zeigen, daß sie die Exzesse in der Hand hat, die gegen die neue Wirtschaftspolitik sind, sich in der Hand hat. Was den Vorschlag betrifft, man solle warten, bis die Sowjetregierung verschwunden sei, so kann sich die Welt dies nicht leisten, denn niemand kann ein Datum angeben und auf der anderen Seite weiß man nicht, ob man auch bei einer neuen Regierung in Rußland nicht auf größere Schwierigkeiten stoßen würde als bei der vergangenen. Vielleicht würde die neue Regierung sogar schlimmer sein als die frühere.

Mißtrauensvotum der Arbeiterpartei.

(L. S.) London, 4. April.

Im Unterhaus brachte nach der Rede Lloyd Georges der Abgeordnete Clyde von der Arbeiterpartei einen Antrag ein, der in der Hauptsache besagt, daß das Programm der Konferenz von Genua zu beschränkt sei, und der das Unterhaus auffordert, der Regierung das Vertrauen zu verweigern. Er erklärte, daß Lloyd George kein kompetenter Vertreter der englischen Nation sei und kritisierte insbesondere die Ausschließung der Reparationsfrage. Der wahre Grund der wirtschaftlichen Krise Europas liege im Versailler Vertrag. Die Reparationen würden zu einem guten Teile nicht von Deutschland, sondern von der englischen Arbeiterschaft bezahlt. Wenn Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu intensiver Produktion gezwungen werde, so würde sie die englische Industrie konkurrenzunfähig machen und schließlich eine triumphierende Stellung auf dem Weltmarkt einnehmen. Das Unterhaus lehnte schließlich, nachdem es noch mehrere Reden gehört hatte, den Antrag der Arbeiterpartei mit 379 gegen 84 Stimmen ab. Der Vertrauensantrag wurde sodann mit 372 gegen 94 Stimmen angenommen.

Das militärische Deutschland

Fortsetzung der Pariser Kammerdebatte.

Paris, 3. April.

Die Kammer setzte heute die Beratung über die Interpellationen fort, die am Sonnabend unterbrochen wurde. Der sozialistische Abgeordnete Moutet ist mit den Erklärungen Poincarés einverstanden, weil er seine Absicht kundgegeben habe, Frankreich auf der Genueiser Konferenz vertreten zu lassen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas seien groß. Es sei deshalb Zeit, zu handeln. Die Unversöhnlichkeit sei oft ein Zeichen der Schwäche. Die Haltung des nationalen Blods habe Briand in Washington behindert. Sie sei vielleicht auch die Ursache, daß Frankreich als eine Macht habe erscheinen können, die sich gegen jede Entwaffnung gewendet hat. Nach Genua müsse Frankreich mit der Absicht gehen, der Welt und Frankreich den Frieden zu geben. Der Abgeordnete wirkt dem Ministerpräsidenten vor, die Vorschläge der Sowjets nicht anzunehmen zu haben. Mit Rußland müsse man die Beziehungen wieder aufnehmen und der Regierung, die dort herrsche, die Mittel geben, nützliche Arbeit zu verrichten. Der Abgeordnete verlangt von der Regierung, sie solle ihre Politik gegenüber Deutschland aufgeben, eine Politik, die darin bestehe, mit der einen Hand Rechnungen an alle zu stellen, während die andere den Degen halte. Sie rufe die Regierung nach, daß Frankreich bereit sei, auf neue den Frieden der Welt zu hören. Geben Sie, so sagt der Redner, die Politik des Awar auf, die niemals etwas eingebracht hat und die uns immer zu neuen Kriegen führt. Die richtige Politik sei die Politik eines wirtschaftlichen Einvernehmens aller Völker, und Amerika habe gewisse Berechtigungen, seinen Beitrag für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verweigern, solange Frankreich nicht seinen Willen kundgegeben habe, zu entwaffnen.

Auf die Frage, warum Frankreich so sehr die militärische Organisation Deutschlands fürchte, antwortet Ministerpräsident Poincaré: Ich darf Ihnen nicht erlauben zu sagen,

daß Deutschland nur 100 000 Mann Soldaten habe, nachdem in den letzten Tagen klar bewiesen wurde, daß es ein reguläres Heer von 250 000 Mann unterhält und eine Ueberorganisation besitzt. Der sozialistische Abgeordnete Parette ruft dazwischen: Wir werden Sie also wegen der Ausführung des Friedensvertrages interpellieren. Ministerpräsident Poincaré erklärt: Sie wissen sehr gut, daß seit dem Waffenstillstand und nach dem Inkrafttreten des Vertrages in den Jahren 1920 und 1921 eine ganze Serie von Zugeständnissen gemacht wurde. Nicht nur in den Fristen für die Entwaffnung, sondern auch hinsichtlich des Aktivhandes habe man im Jahre 1921 Zugeständnisse gemacht.

Abgeordneter Tardieu sagt: Wir sind erhaunt, anzunehmen, daß man Deutschland im Jahre 1921 gestattet hat, 250 000 Mann zu unterhalten statt 100 000.

Ministerpräsident Poincaré erwidert: Ich würde mich über dieses Erlassen des Herrn Tardieu wundern, wenn ich nicht wüßte, daß dieses Erlassen erheuchelt ist.

Tardieu ruft: Ich achte nicht dem Herrn Ministerpräsidenten, das zu sagen.

Poincaré antwortet: Also entweder Sie haben geäußert oder Sie erbringen den Beweis einer großen Unkenntnis. Die von den Alliierten bewilligten Polizeitruppen hätten einen militärischen Charakter und man müßte sich deshalb als eine Verstärkung des deutschen Heeres ansehen. Man habe also nicht mit der Ziffer 100 000 zu rechnen, sondern mit der von 250 000.

Tardieu erwidert: Ich habe gefragt, durch welches Parlament diese Vermehrung der Aktivstärke bewilligt wurde.

Poincaré erwidert: Gewiß hat es kein Votum gegeben, aber auch keine Interpellation. Tardieu hätte es freigegeben, in der schützenden Kammerführung seine Gedanken zu begründen.

Nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Tardieu und Poincaré, in der der letztere erklärt, er habe seine Wort stets mit seinen Handlungen und seine Abstimmmungen stets mit seinen Worten in Einklang gehalten, verlangt der sozialistische Abgeordnete Parette mit Unterstützung des Abgeordneten Montet, daß die Zweidrittelmehrheit, die durch die Behauptung entstanden sei, Deutschlands Streitkräfte beließen sich auf 250 000 Mann, aufgeführt werde.

Briand erklärt, im Jahre 1921 habe man mitgeteilt, daß neben dem regulären Heer unter verschiedenen Formationen eine andere militärische Organisation bestehe. Man habe sie nicht autorisiert, sondern die Auflösung dieser unregelmäßigen Formationen verlangt.

Ministerpräsident Poincaré ruft dazwischen: Man hat es zugelassen, daß es so blieb. Es gibt keine Diskussion hierüber. Wenn das aber abgelehnt wird, werde ich die Beweise erbringen.

General de Castelnau: Man hat die Schutzpolizei genehmigt.

Briand widerspricht dem. Die Alliierten hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagt: In diesem Punkte sind wir einig. Aber Zugeständnisse sind gemacht worden, zuerst hinsichtlich der Auflösungsfristen, dann hat man Deutschland eine Vermehrung seiner Polizeitruppen gestattet. Er habe dem Abgeordneten Montet gesagt, man müsse mit einer Stärke von 250 000 Mann in Deutschland rechnen. Poincaré verliert schließlich aus dem Jahre 1921, aus denen hervorgeht, daß die Schutzpolizei nicht zentralisierte und nicht mobilisierbare 150 000 Mann umfassen dürfe. Aber unglücklicherweise sei diese Mobilisierung außerordentlich leicht.

Schließlich behauptet auch der Abgeordnete Dorch Fabron, der Generalsekretär für das neue Militärreformgesetz in längerer Ausführungen, es befänden in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden könnten.

Der Abgeordnete Montet sagt, dieser Zwischenfall sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng fassen dürfe und insbesondere dort die Frage der Entwaffnung Deutschlands behandeln müsse. Die Genueiser Konferenz müsse eine Aera der allgemeinen Entspannung eröffnen. Frankreich dürfe die Verantwortung für einen möglichen Mißerfolg nicht treffen.

Nach dem Abg. Montet: Ist der Abgeordnete Bandru d'Alison, der frant. ul in den Kasernen Deutschlands, wie behauptet werde nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei. Er ist Geaner von Genua und bedauert, daß Frankreich dorthin gehen wolle. Schließlich verlanat er eine energische Politik gegenüber Deutschland.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abgeordneter Pouchenr spricht alsdann von der Ganner-Konferenz. Er selbst habe vom englischen Botschafter dort erreicht, daß die deutschen Ablösungen, die auf 500 Millionen Mark vorgesehene gewesen seien, auf 720 Millionen erhöht wurden.

Nach ihm ergreift Tardieu das Wort. Er sagt, die Erklärung Poincarés hätte nicht an Klarheit gewonnen. Man habe nicht erklärt, warum Frankreich in Washington sechs Wochen vor der Erörterung der Abrüstung an Lande ausgeschifft worden sei. Frankreich habe in Washington eine beispiellose Behandlung erlitten.

Briand widerspricht heftig. Er könne eine derartige Aeußerung nicht anlassen.

Entwaffnen wir Europa!

Paris, 4. April.

Der sozialistische Abgeordnete Léon Blum spricht sich über den gestrigen von Poincaré in der Kammer hervorgerufenen Zwischenfall anlässlich der Debatte über die Stärke der deutschen Polizeitruppen im „Populaire“ wie folgt aus: Wenn wir Sozialisten im Parlament die achtmonatige Dienstzeit vorschlagen, was antwortet man uns? Man führt Deutschland an, das über die Reichswehr hinaus eine beträchtliche bewaffnete Polizeitruppe unterhalte, die den Charakter eines neuen Heeres angenommen habe, und diese Polizeitruppe solle Frankreich verhindern, abzurufen. Es sei Millerand gewesen, der sie Deutschland zum Geschenk gemacht habe. Man läßt also Deutschland sich bewaffnen und sagt uns: Während Deutschland bewaffnet ist und eine Effektstärke unterhält, die die Ziffer übersteigt, die der Vertrag zuläßt, wie kann man da Frankreich entwaffnen? Blum nennt das eine Komödie und fordert: Entwaffnen wir Deutschland, entwaffnen wir uns selbst, entwaffnen wir Europa!

Der Vorstoß Tardieus

Paris, 4. April.

In seiner Rede vor der Kammer warf gestern Tardieu dem jetzigen Ministerpräsidenten vor, daß er den Versuch mache, eine Verbindung mit der Politik der vorausgehenden Regierungen herzustellen. Es handle sich jetzt nicht mehr darum, nach denen zu suchen, die für die Fehler von 1920 und 1921 verantwortlich seien. Er stelle die beiden Fragen: 1. Hat ein Mißverständnis über die Abmachungen von Cannes vorgelegen? 2. Hat die Regierung ihre frühere Absicht über diese Abmachungen geändert?

Tardieu erinnerte daran, daß der Versailler Vertrag auch die Unterschrift Poincarés trage. Der Politik von 1920 und 1921 aber sei man jetzt satt. Er behaupte, daß die Verhandlungen dieser beiden Regierungen zu einer Verkürzung der französischen Forderung an Deutschland um 40 Prozent geführt hätten. Poincaré habe selbst geschrieben und gesagt, jetzt, wo die Konferenz von Genua bevorstehe, sei es Zeit, die Politik aufzugeben, die in diesen zwei Jahren befolgt worden sei. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas könne nicht von dem Wiederaufbau Frankreichs getrennt werden. Poincaré antwortete, in seinem Memorandum habe er erklärt, mit dem Augenblick, wo Frankreich nach Genua gehe, würde es loyal an einem Werke mitarbeiten, das zwar nicht ohne Gefahr, aber auch nicht ohne Größe sei. Die Politik von Genua sei mit dem Anspruch Frankreichs auf Reparationen und mit dem Respekt vor den Verträgen vereinbar. Anders sehe er nicht nach Genua.

Erste Bedingung für die Wiederaufrichtung Europas sei die Wiederherstellung Frankreichs.

Welchen Vergleich könne man machen zwischen Deutschland und Frankreich, das überfallen und verwundet worden sei? Wenn Frankreichs Rechte respektiert würden, würde es von ganzem Herzen an dem Wiederaufbau Europas mitarbeiten.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Die Kammer nahm nach Beendigung der Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung mit 484 gegen 78 Stimmen eine Tagesordnung an, mit der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Die von der Kammer angenommene Tagesordnung lautet: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie vertraut darauf, daß die Regierung auf der Genueiser Konferenz die Rechte und Interessen Frankreichs wahr unter den Bedingungen und mit Hilfe der Garantien, die im Memorandum der französischen Regierung vorgezeichnet sind. Die Kammer lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

Die Sachlieferungsabkommen

Paris, 8. April.

Die Reparationskommission hat heute unter gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu den bekannten drei Abkommen über die deutschen Sachlieferungen sowie zu der Wiesbadener Regelung der Substitutionierungs-

frage erteilt. In der aus dem „Temps“ entnommenen Nachricht wird nochmals bemerkt, daß der belgische Delegierte Bemelman wegen der Abänderungen, die an dem von ihm abgeschlossenen Abkommen vorgenommen werden sollen, noch einmal mit der deutschen Regierung in Berlin verhandeln soll.

Die Internationale Konferenz

Heute vormittag nach 11 Uhr eröffnete Genosin Clara Zetkin die Fortsetzung der Plenarsitzung mit der Tagesordnung, daß zunächst in der Diskussion über die Rede Kadets fortgefahren werden solle. Das Präsidium hat einstimmig beschlossen, zunächst einen Vertreter der Zweiten Internationale sprechen zu lassen, dann einen Vertreter der Wiener Arbeitsgemeinschaft und dann eine Erklärung Ferratis für die Italienische sozialistische Partei entgegen zu nehmen.

In einer ausführlichen Rede legte dann als Vertreter der Zweiten Internationale MacDonald-England deren Auffassung dar. Wir berichten über die Rede ausführlich im Morgenblatt.

Es gibt keine Klassenjustiz

In Nr. 150 gaben wir eine Berichtigung des Landgerichts Neuruppin wieder, die sich gegen die Kritik eines Urteils richtete, das vom Amtsgericht Neuruppin gegen einen streikenden Arbeiter verhängt worden war. Unsere Kritik bezog sich auf die vom Amtsgericht gegebene mündliche Begründung der Verurteilung wegen Körperverletzung. Die Berichtigung des Landgerichts bezieht sich auf die schriftliche Begründung und trifft also das von uns Behauptete überhaupt nicht.

Im übrigen ist auch die schriftliche Begründung noch charakteristisch genug. Die Verurteilung des angeklagten Arbeiters Reithöfer durch das Amtsgericht Neuruppin ist wegen zweier selbständiger Handlungen — einer Beleidigung und einer Körperverletzung — erfolgt, obgleich das Verfahren nur wegen einer Handlung eröffnet wurde, und in der Verhandlung der gesetzlich vorgeschriebene Hinweis auf die anderweitige Verurteilung nicht erfolgt war.

Der Angeklagte wurde verurteilt wegen Beleidigung zu 1000 Mark Geldstrafe, obgleich das Strafgesetzbuch für diesen Fall nur eine Höchststrafe von 600 Mark vorseht. Wegen angeblicher Körperverletzung erhielt Reithöfer 2000 Mark Geldstrafe. Das Strafgesetzbuch läßt aber nur 1500 M. als Höchststrafe zu.

Inzwischen hat das Landgericht Neuruppin als Berufungsinstanz das Urteil des Amtsgerichts dahin abgeändert, daß es den Angeklagten nur wegen Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt und ihm wegen der angeblichen Körperverletzung freisprach. Damit wird also die Richtigkeit unserer Kritik nachträglich bestätigt.

Charakteristisch ist ferner, daß das Amtsgericht, dessen Rechtsprechung von uns kritisiert wurde, Strafbefehle mit dem Stempel „Königliches Amtsgericht Neuruppin“ ergehen läßt. Das Amtsgericht Neuruppin hat offenbar noch immer nicht zur Kenntnis genommen, daß die Zeit der königlichen Gremien und Schiedsgerichte vorbei ist. Die Herren Rechtsgelehrten in Neuruppin werden gut daran tun, sich auf die Dosen zu setzen und das Kapitel Deutscher Geschichte, das sie verschlafen haben, nachzulernen.

Die Ausweisungspraxis

Ein unglaubliches Urteil gegen einen Ausländer wurde am 8. März von dem Schöffengericht Berlin-Mitte gefällt. Angeklagt war der in Ungarn gebürtige Bildhauer Jmra Remeth wegen Fahrgewehens. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er die Reichsgrenzen unbefugt überschritten und sich bei der Grenzübergangsstelle der amtlichen Prüfung entzogen haben soll. Zur Begründung des Urteils wird angeführt:

bilden, wie ihn die kapitalistische Gesellschaft in Verfolgung eigener Interessen vorlegt. Da mühte die Konsumgenossenschaft und die Gewerkschaft eingreifen und den sozialen Film schaffen. Wie es bei solchem Unternehmen so ist, spielt das Geld dabei eine große Rolle. Ich als Arbeiter wäre sofort bereit, dafür 300 M. zu zahlen und verzichte auf Zinsen oder Dividenden in den ersten 2 Jahren. Hoffe, daß sich ein großer Teil solch Gbedenkender findet. Liebe, Leid und Freude sind nun einmal die unentwegten Begleiter der Menschheit, da gibt es Stolz genug, wo man alle Ungerechtigkeiten vor Augen führt und wie es besser zu machen ist. Gerade vom Film nimmt man etwas sozusagen als Mitteleben mit, mehr als aus Zeitungen oder Versammlungen! Mit der „Freiheit“ bin ich der Meinung, daß die Filmfrage brechend ist, sie muß durch die klassenbewusste Arbeitererschaft gelöst werden, bevor es zu spät wird. In zäher Arbeit, verfolgt von allen möglichen Schikanen, haben wir Gewerkschaft, Presse und Konsume geschaffen, der Film ist eben so wichtig, nun best alle an diesem Bau mit!

Gustav Berner.

Um wieviel sympathischer ist doch die herzliche Stimme eines Menschen, der weiß, was er will, wenn er auch nicht in der Lage war, zu lernen, wie man's am schönsten sagt, als die Stimme jener, die zwar keinen Gedanken haben, aber dafür voll von „Bedenken“ sind. Wer so denkt wie dieser Arbeiter, melde sich! Wir werden alle bei uns einlaufenden Stimmen den zuständigen Stellen zuführen, damit so schnell wie möglich in dieser Angelegenheit etwas geschehe!

Filmschau

Bei den Amerikanern blist ein gewisser „Schmitz“ in Regieführung und Darstellung über die Unsinngkeiten der Handlung hinweg und hält den Zuschauer bis zum Schluß in guter Laune. Der deutsche Durchschnittsfilm trägt die Laune, aber nicht, weil er ungläubwürdiger ist, sondern weil er sich in unappetitlicher Weise abmüht, all seine Verdröbenheiten zu „motivieren“. Leider sind die paar letzten Amerikaner geeignet, eben so zu verstimmen wie ein schlechtes deutsches Produkt. Und noch Abrollen dieser „Kauzäuge der Totenkopflieger“ (im Tauentzienpalast) fühlen wir uns beinahe versucht, unserm Harry Viel abzulitten! Um die — allerdings glänzend ausgeführte — „Sensation“ zeigen zu können, wie von einem Flugzeug eine Strickleiter ausgeworfen und vom Führer des andern im rasenden Flug aufgefangen und erklettert wird, um das zeigen zu können, dichtet man drum herum einen so schleimigen Sechakter, daß uns dabei übel wird. —

„Er (Remeth) hat zugegeben, aus Ungarn entflohen zu sein, weil er als Mitglied der ungarischen roten Armee infolge seiner politischen Betätigung von der jetzigen Regierung die Todesstrafe zu befürchten gehabt habe. Gerade dieser Umstand läßt von seiner Anwesenheit in Deutschland eine besonders staats- oder gemeingefährliche Tätigkeit befürchten, da sicherlich nicht alle Angehörigen der roten Armee in Ungarn der schwersten Strafe ausgehört sein werden, sondern nur diejenigen, welche sich in hervorragender Weise betätigt haben. Für derartige staatsfeindliche Elemente ist offenbar die Höhe der in der angezogenen Verordnung aufliegenden Gefängnisstrafe von einem Jahre berechnet. Allerdings erschien das Höchstmaß nicht geboten, da eine besondere Betätigung des Angeklagten im staatsfeindlichen Sinne nicht festzustellen war.“

Das Urteil spricht für sich selbst. Lediglich die Tatsache, daß der Angeklagte der ungarischen roten Armee angehört hat, genügt dem Schöffengericht zur Verhängung dieser unerhört hohen Strafe, obwohl es selbst zugeben muß, daß der Ungar sich in Deutschland absolut nichts zuschulden kommen lassen hat. Derartige Vergehen, wie sie dem ungarischen Flüchtling zur Last gelegt werden, werden sonst nur mit geringfügigen Geldstrafen geahndet. Die wehrgardistischen Flüchtlinge aus Rußland, die in Deutschland gemeinsam mit deutschvölkischen Kreisen Verschwörungen anzetteln und politische Mordpläne aushecken, bekommen nicht einmal eine Geldstrafe, sondern erfreuen sich in der Praxis der besonderen Gunst der Behörden.

Die elende Beamtenbesoldung

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Die neue Beamtenbesoldung, die am Freitag im Reichstag verabschiedet worden ist, bringt der Beamtenschaft nicht entfernt die erhoffte wirtschaftliche Erleichterung. Mit araulamer Deutlichkeit zeigt sich allen feinfühlernden Beamten, Angestellten und Arbeitern die Wirkung der Wiederbesoldungspolitik, die der frühere Ernährungsminister, jetzige Reichsfinanzminister Diermeß, getrieben hat. Die Regierung hatte versprochen, eine gründliche Reform der Besoldungsordnung vorzunehmen. Dieses Versprechen wird durch die Neuordnung nicht erfüllt. Sie bringt den unteren und mittleren Beamtengruppen den mit Recht erwarteten sozialen Ausgleich nicht. Die Besoldungsgruppe I erhält im Anfangsgehalt mit Zulagen nur 2710 Mark jährlich mehr als bisher, während die Besoldungsgruppe XIII 5050 M. mehr als bisher bekommt. Im Endgehalt erhält die Gruppe I 3000 M., die Gruppe XIII dagegen 6400 Mark mehr als bisher, also mehr als das Doppelte an Zulagen als die Gruppe I. Mit Recht haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände in ihrem Schreiben vom 18. März an den Reichstag auf dieses unsoziale Mißverhältnis hingewiesen. Bei den nächsten Verhandlungen muß es daher eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften sein, diesen unsozialen Zustand für die unteren Gruppen wieder auszugleichen. Der Vorgang beweist aber, wie notwendig es gewesen wäre, vor einer endgültigen Beschlußfassung noch einmal mit den Gewerkschaften über die Gestaltung der neuen Bezüge zu verhandeln. Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß vornehmlich die Vertreter der beiden Rechtsparteien bestritten waren, den Einfluß der Gewerkschaften auszuhalten, die sie als „Rechtsregierung“ zu bezeichnen pflegen. Die unsoziale die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei empfinden, bewies der Abgeordnete Morath im Unter-ausschuß mit seinem Antrag, der über die Regierungsanfrage hinaus eine Erhöhung der Grundgehälter der Gruppe I und II von nur je 1000 Mark, dagegen in Gruppe XI im Anfangsgehalt 12 000 und im Endgehalt 11 000 Mark mehr vorlag. Dem deutschnationalen Abgeordneten Declerc ging der Antrag für die höheren Beamten noch nicht weit genug. Er forderte für die Gruppen 1—3 eine Steigerung von 12 Prozent, für die mittleren Gruppen 15 Prozent und für die oberen Gruppen dagegen 16 Prozent. Angesichts dieser Nachschüssen der Rechtsparteien müssen die Beamten der unteren und mittleren Gehaltsgruppen ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß sie in diesem Kampf ums Dasein der steigenden Verelendung Herr werden können. Das ist nur möglich, wenn sie

Dafür wird man von den „Erinnerungen eines Frauenarztes“ (im Donald-Theater), nachdem man sich angeheißt dieses schönen Titels auf so manche Widerwärtigkeit vorbereitet hatte, aufs angenehmste überrascht. Das Manuskript hält zwar, was sein Titel verspricht, da gibt's einen idiotischen Vater, einen idiotischen Sohn, eine vorläufig noch gesunde Tochter, die ihre Verbindung mit dem Bleichen durch das Versprechen, kinderlos zu bleiben, erkaufen muß, damit sie nicht eine kranke Nachkommenschaft zur Welt bringe. Diese Frau wird natürlich trotzdem schwanger, sie will rechtzeitig ins Wasser springen, da stellt sich heraus, daß sie einem Fehltritt ihrer Mutter mit einem gesunden Mann entkammt, daß sie also auch ihrem Gatten gesunde Kinder gebären wird! Man muß diese eifigen Dinge schon foundsowies mal auf der Leinwand gesehen haben, um hier die Leistung des Regisseurs Gerhard Lamprecht richtig würdigen zu können, der in uns nirgends ein peinliches Gefühl aufkommen läßt. Wo es peinlich zu werden droht, mildert es den grellen Stoff durch so vornehme und intelligente Regie, daß man ihn, der sich hier zum erstenmal als Regisseur versucht haben soll, bald vor würdigere Aufgaben gestellt sehen möchte!

D. K.

Ich habe keine Lust mehr. Es ist mir zu dumm, diese ewig gleichen, langweiligen, verlogenen, künstlichen und menschlich wertlosen Filme stundenlang gedulda mit ansehen zu müssen, um nachher in weichen Worten zu erklären: Das ist Schund. Meine Zeit ist mir zu schade. Ich werde künftig nur besonders gute oder besonders schlechte Filme kritisieren, jedenfalls nur solche, die sich aus irgendeinem Grund von dem elenden Durchschnitt unterscheiden. Die Ehe der Fürstin Demitloff und „Lebenshunger“ (Marmorhaus und Alhambra) sind zwei solcher Filme, die sich durch nichts vom langweiligsten Durchschnitt unterscheiden. Ich bin jedesmal nach dem zweiten Akt weggegangen.

Das langweiligste Alltagsleben ist reicher, lebendiger, schöner als diese Art von — huch nein! — Gesellschaftsfilmen.

H. S.

Hubert Wagner, der seit seinem Abgang vom Theater seit fünfzehn Jahren sich von jeder schauspielerischen Tätigkeit losgelöst zu haben schien, wird nun doch wieder zu sehen sein. Er wird in einem Film „Der Graf von Charvalat“, der eine freie Bearbeitung des Trauerspiels von Richard Beer-Selmann darstellt, die Rolle des Hauptmann Romont spielen.

Romdienenhaus. Wenn man jede Woche zwei französische Lustspiele (und zwar schlechte!) über sich ergehen lassen muß, dann laßt man unwillkürlich: Warum französische? Können wir das in Deutschland nicht auch? O ja, wir können es auch. Aber leider keineswegs besser, als die Herrschaften an der Seine.

Der Film am Dienstag

Volklichtbühne

Als erstes — und bisher immer noch als einziges — unter den Arbeiterblättern hat die „Freiheit“ die ungeheure Bedeutung des Films erkannt und eingesehen, daß man sich an den seinem Einfluß unterworfenen Volksmassen versündigt, wenn man nichts dazu tut, ihre Kritikfähigkeit zu schärfen gegenüber dem Mißbrauch, den (in den meisten Fällen) eine auf nichts als auf Vereinerung bedachte Gesellschaftsrichtsicht mit diesem Kulturfaktor treibt. Dem Uebel war nicht damit abzuhelfen, daß man wie die übrige Arbeiterpresse durch schablonenhafte Aufzählung und „Würdigung“ der neuererscheinenden Filme eine Sach- und Zielkenntnis bewies, wie Morihagen es sich vorstellt! Es war eine die Materie beherrschende und wirklich kritische Einstellung erforderlich, und dafür stellte die „Freiheit“ einen so wichtigen und umfangreichen Raum zur Verfügung, wie ihn nicht einmal die mit Inseraten des Films gefütterte und an seinen Ausbeutungszwecken direkt und indirekt beteiligte Tagespresse dem Film anliesert.

So haben wir's bereits in unserer halb-jährigen Auseinandersetzung mit dem Film erreicht, daß die Arbeiter-schaft aufhorcht und sich als das Opfer zu erkennen begibt, das bisher schuldlos den verderblichen Einwirkungen des Filmschunds (und das sind 80 Proz. der gesamten Produktion) preisgegeben war. Mit Rücksicht auf die dämmernende Erkenntnis bereit vor einigen Wochen der in der Arbeiterbewegung seit Jahren mistämpfende Filmregisseur Martin Berger eine Versammlung, um die Gründung einer Volkstheaterfabrik (sächselich als „Volklichtbühne“ bezeichnet) anzugehen, die — wie die Volkstheatern von Arbeitermitteln gespeist — in höherem und anderem Sinn, als das Privatkapital es für nötig hält, die Filmfindung ausmerken würde. An der Versammlung nahmen teil: die U.S.P. (vertreten durch Genossen Dr. Löwenstein), die Landtagsfraktion der U.S.P., die Gewerkschaftskommission, die K.A., die Filmgewerkschaft, die Freie Lehrergewerkschaft usw. Die Redner erklärten, vorläufig keine Beschlüsse fassen zu können, denn die Stellung der Arbeiter-schaft zur Filmfrage sei ihnen noch unbekannt, und es müsse erst „nachgewiesen“ werden, ob die Arbeiter-schaft diese Frage wirklich für so wichtig halte, wie Berger es behauptet.

Da kommt uns ein Brief gerade gelegen, der durch seine sonntägige Anregung als durch ein spontanes Gefühl veranlaßt zu sein scheint. Darin heißt es:

„Eine große Masse Proletarier besucht mehrmals wöchentlich das Kino und läßt sich von dem Unsinn ver-

Bezirksfrauenkonferenz Berlin-Brandenburg

Am Sonntag, dem 2. April, tagte im Gewerkschaftshaus in Berlin eine Bezirks-Frauenkonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg. Der Konferenz war am Sonntagabend ein Begrüßungsabend vorausgegangen, der mit Rezitation, Gesang und Heigentänzen der Jugend viel länderlicher Genuß und Freude bot.

Die Konferenz am Sonntag wurde von der Genossin Schubert mit einigen heraldischen Worten der Begrüßung eröffnet, denen ein Referat der Genossin Seger über „Unsere proletarische Frauenbewegung“ folgte.

Die Genossin Seger legte dar, daß sich die proletarische Frauenbewegung sehr wesentlich von der bürgerlichen Frauenbewegung unterscheidet. Die proletarische Frauenbewegung sei nicht ein Kampf um bestimmte Einzelrechte der Frauen, sondern das Bemühen, die proletarische Frau einzureihen in den Klassenkampf der gesamten Arbeiterschaft. Die proletarischen Frauen müßten es daher ablehnen, eine gemeinsame Kampffront mit den bürgerlichen Frauen gegen die Männer zu bilden, besonders da sich auch in der praktischen Politik immer wieder zeigte, daß das Klasseninteresse stärker ist als das gemeinsame Interesse der Frauen verschiedener Klassen. Unsere Frauenbewegung habe nicht den Sinn, die Rechte der Frau den Rechten des Mannes gegenüberzustellen, sondern sie verfolge lediglich den Zweck, dafür zu sorgen, daß sich die Arbeiterfrauen entsprechend ihrer Zahl am wirtschaftlichen und politischen Kampf ihrer männlichen Klassengenossen beteiligen. Dazu sei es nötig, den Arbeiterinnen die wahren Ursachen von wirtschaftlichen Erscheinungen, wie z. B. der Teuerung, unter der alle leiden, klarzumachen. Zweitens sei es nötig, ihnen die Zusammenhänge zwischen ihrem persönlichen Leben und den politischen Ereignissen anzudeuten, und drittens müßte man darauf achten, sie gründlich über das Wesen des sozialistischen Staates, den wir erstreben, aufzuklären. Genossin Seger hat am Schluß die einzelnen Delegierten, sich über die praktischen Agitationsmethoden, Versammlungen, Frauenabende und Kurie, recht gründlich auszusprechen.

Auf den Vortrag folgte eine ausgedehnte Aussprache, in der vor allem die Vertreterinnen der Provinz Bericht über ihre Tätigkeit in den einzelnen Ortsgruppen erstatteten. Es war erfreulich zu hören, wie trotz aller Schwierigkeiten auch in den ländlichen Gebieten von einzelnen Genossinnen mit jähiger Energie und aufopferungsvoller Hingabe an die Sache gearbeitet wird. Das kam neben den Berichten der arbeiterinnen Orte Potsdam, Kowarnow und Brandenburg vor allem auch in dem Bericht der Genossin Liebenow aus Rudowalde und der Genossin Hoepfner aus Teltow-Beeskow zum Ausdruck. Die Berliner Delegierten schloßen aus den Berichten neuen Mut zur Arbeit und konnten ihrerseits den Genossinnen aus der Provinz manche Anregung mit auf den Weg geben. Die Konferenz hat einstimmig ihren festen Willen zu weiterer unermüdlicher Agitation unter den Frauen kund gegeben und nahm folgende im Schlußwort von der Genossin Seger vorgeschlagene Resolution an:

Die Bezirksfrauenkonferenz von Berlin-Brandenburg vom 2. April 1922 erachtet die Zentralleitung der Partei, sobald es die Verhältnisse erlauben, wieder eine Frauensekretärin für das Reich anzustellen. Sie ersucht ferner, im Referentmaterial mehr als bisher die Frauenfragen und die Agitation besonders auch unter den Landarbeiterinnen zu berücksichtigen. Die Bezirksfrauenkonferenzen richten an alle Referentinnen und Genossinnen, die rednerisch tätig sein können, die dringende Aufforderung, sich noch mehr als bisher in den Dienst der Partei zu stellen und ohne Rücksicht auf äußere Schwierigkeiten Referate vor allem auch in den kleineren Orten der Provinz zu übernehmen.

Schulstreik in Spandau

In Spandau haben die Reaktionsäre einen Schulstreik vom Baum gebrochen. Der Streik richtet seine Spitze gegen die weltliche Schule und hat folgende Vorgeschichte:

Im Oktober vergangenen Jahres wurden auf Veranlassung des Vereins Freie Schule Klassen für religionslose Schüler gegründet, die allerdings noch nicht von der Behörde genehmigt werden können, deren Genehmigung aber in Wäld zu erwarten ist. Infolgedessen fanden sich keine Räume für diese Klassen. Das Provinzialschulkollegium ist nun bemüht, ordnungsmäßige Räume für religionslose Schüler zu besorgen. Infolgedessen ist eine neue Abgrenzung der Schulbezirke in die Wege geleitet worden, durch die eine Anzahl von Klassen in der Mädchenschule untergebracht werden sind. Aus dieser wurden nun eine Reihe von Kindern herausgerückt, die den evangelischen Religionsunterricht noch genießen wollten. Damit sind die Eltern nicht einverstanden gewesen, und mit ihnen erklärten sich die Eltern derjenigen Kinder, die sonst in der Mädchenschule blieben, solidarisch. Da die Behörde darauf besteht, ist nun der Schulstreik ausgebrochen, dessen Dauer noch nicht zu übersehen ist.

Es liegt auf der Hand, daß hier von reaktionärer Seite der Versuch unternommen wird, die weltliche Schule, der man mit geistigen Waffen nicht beikommen kann, weil sie gegenüber der Religionschule das höhere geistige Prinzip darstellt, mit Gewalt zu unterdrücken. Dieser Versuch wird und muß gescheitern werden.

Ein Raheakt

Die Revolverreviererei an der Ecke der Stralauer Allee und der Böbberstraße hat gestern Abend ein aufregendes Nachspiel gehabt. Der dort wohnende Uhrmacher Hornung, als er seinen Hund spazieren führte, mit drei Männern in Streitigkeiten geraten, und hatte, als er von ihnen angegriffen wurde, den Arbeiter Dietel erschossen und den Glasmaier Kassel schwer verletzt. Hornung war zunächst verhaftet worden, wurde aber wieder auf freien Fuß gesetzt, da es sich herausstellte, daß er von seiner Schusswaffe nur in der Notwehr Gebrauch gemacht hatte.

Gestern Abend um 1/7 Uhr verhielten nun drei Männer bei ihm einzuordnen. Sie hatten schon die Türöffnung seiner Wohnungstür aufgedrückt und wollten sich gewaltsam Eingang verschaffen, als Hornung sich ihnen mit einem Revolver entgegenstellte. Als die Männer auf ihn einbrachen, schoß er und traf den Ruischer Ernst Hennia aus der Viebigstraße 42. Hennia war sofort tot, Hornung alarmierte nunmehr, nachdem die beiden anderen entflohen waren, die Polizei. Inzwischen hatte das Haus eine nach Tausenden zählende Menschenmenge umstellt, die den Versuch machte, in Hornung's Wohnung einzudringen, um ihn zu lynchen. Erst nachdem die Schutzpolizei mehrere Schreckschüsse abgegeben hatte, konnte sie an das Haus herankommen. Hornung wurde in Schutzhaft genommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo er verhört wurde. Hierbei stellte es sich heraus, daß er wiederum nur in der Notwehr gehandelt hatte.

Inzwischen war es angeklagt, auch die beiden anderen Täter, den Arbeiter Bruno Berger aus der Tiskier

Straße 24, und den Kriegsbeschädigten Paul Daubitz aus der Kranzstraße 38, festzuhalten. Wie die Ermittlungen ergaben, hatten die drei beabsichtigt, wegen des erschossenen Arbeiters Dietel einen Raheakt an Hornung zu begehen. Berger und Daubitz wurden vorläufig, da kein Mordverdacht vorliegt, wieder freigelassen. Die Leiche des erschossenen Hennia wurde nach dem Schanzenhaus gebracht. Hornung wurde vorläufig in Haft behalten.

Betrügerische Beschlagnahme

Zwei Kriminalbeamte und ein Beamter der Schutzpolizei verhaftet.

Eine überraschende Aufführung hat eine Beschlagnahme gefunden, die im Dezember v. J. bei dem Pfandleiher Weiß in der Baldemarstraße vorgenommen wurde. In den Räumen der Pfandleihe erschienen damals fünf Mann, die mit einem Kraftwagen vorgefahren waren. Zwei von ihnen stellten sich als Kriminalbeamte, einer als Beamter der Schutzpolizei vor und wiesen sich auch ordnungsmäßig aus. Den beiden anderen sollten Pelzwaren und Goldsachen gecheckt sein. Die Beamten erklärten, daß sie eine Durchsuchung vornehmen müßten, da Weiß beschuldigt werde, die gestohlenen Sachen anzukaufen zu haben.

Als die Durchsuchung gar nichts zutage förderte, beschlagnahmten die Beamten eine Ledermappe und eine Kassetten, die Geld und Wertpapiere im Betrage von 68000 Mark enthielten. Als Weiß nach Hause kam und von den Vorgängen hörte, war er überzeugt, es mit falschen Beamten zu tun zu haben. Er machte sofort Anzeige. Der Kriminalpolizei gelang es schließlich, den Chauffeur zu ermitteln, der die Männer gefahren hatte und kam so auch seinen Fahrgästen auf die Spur. Da ergab sich denn, daß echte Beamte die Beschlagnahme vorgenommen hatten, die Kriminalbeamten Kreiner und Schaperi sowie der Schutzmeister Schmette von der Schutzpolizei. Alle drei hatten diesen Streich auf Veranlassung eines verurteilten Verbrechens namens Anton Krebs und eines zweiten Mannes, der bisher nur seinen Vornamen Georg nach bekannt ist, ausgeführt. Sie wurden verhaftet und waren auch geständig. Krebs, ein wegen Geldschrauf- und Wohnungseinkaufs gesuchter Verbrecher, und „Georg“ hatten die Beamten durch eine Anklage gegen den Pfandleiher in der Durchsuchung auf eigene Faust veranlaßt und ihnen dann einen Teil des beschlagnahmten Geldes abgeholt. Die Beamten wußten dann nicht mehr, wie sie aus allen Schwierigkeiten herauskommen sollten und verhielten das, was ihnen übrig blieb, für sich.

Schon wieder Streichholzwucher. Sobald die Preise steigen, sind es in erster Linie auch immer die Streichhölzer, die zurückgehalten oder nur zu Wucherpreisen verkauft werden. An den besonders leichtesten Höchstpreis lehrt sich auch hierbei längst kein Verkäufer mehr. Gegenwärtig werden Pakete mit zehn Schachteln, wenn man sie überhaupt erhalten kann, mit 7-8 M. abgegeben. Für die einzelne Schachtel läßt man sich eine Mark bezahlen. Das ist Wucher in Reinkultur!

Ciperant-Unterricht. In der 4. Volkshochschule C. 2, hinter der Garnisonkirche 2, beginnt demnächst ein Anfängerkursus der Volkshochschule Ciperant. Für diesen Kursus ist bei zweimal zwei Stunden wöchentlich (Diensttag und Freitag von 7-9 Uhr abends) eine Dauer von drei Monaten vorgesehen. Die Gebühr beträgt 20 Mark zuzüglich Lehrbuch. Anmeldungen werden im Büro der Fortbildungsschule von 4-8 Uhr (außer Sonnabends) entgegen genommen.

Gewerkschaftliches

Gegen soziale Verschlechterungen

Beiratsitzung der Hotel-Angestellten.

Die 5. Beiratsitzung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten fand am 24. und 25. März im Berliner Gewerkschaftshaus statt.

In eingehender Weise beschäftigte sich der Beirat mit der sozialen Verschlechterung. Nach einem ausführlichen Referat des Kollegen Ströhlinger beschloß der Beirat, die Mitglieder mit Nachdruck auf die gefährliche Lage hinzuweisen, in welcher das soziale Gleichgewicht durch die Gleichgültigkeit vieler Kreise der Arbeitnehmerschaft geraten ist. Die Zweigvereine und Ortsausschüsse sollen nochmals zu tätiger Abwehr der Verschlechterungsbestimmungen aufgerufen werden, die besonders in den Entwürfen der Schlichtungsordnung und des Arbeitszeitgesetzes drohen.

Zu dem vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vorliegenden Entwurf über: Gemeinsame Regeln für die Führung und Unterhaltung von Streiks wurde beschlossen, eine Forderung der Abstimmungsbestimmungen zu beantragen.

Ueber örtliche Kartelle und Industrieverband referierte Kollege W. Richter. Eine entsprechende Entscheidung fand Annahme. Die Tagung beschäftigte sich noch mit dem sogenannten Hagemann-Vertrag, der die deutschen Sachleistungen an Frankreich zum Inhalt hat.

Wenn die deutschen Gewerkschaften gegen dies Abkommen und gegen die neuen Vereinbarungen mit der französischen Regierung protestieren, so nicht deshalb, weil sie etwa die Wiedergutmachung vereiteln oder erschweren wollen, sondern weil sie im Gegenteil diese Sachleistungen, die die wirkungsvollste Form der Wiedergutmachung sind, auf die freieste Grundlage stellen wollen. Der der deutschen Regierung abgezwungene freie Verkehr, d. h. schrankenloses Ausstoßen des Kapitalismus auf Kosten der Völker, Beseitigung der notwendigen Kontrollorganisationen, gefährden die wirkliche Wiedergutmachung aufs Höchste. Ob der Protest der Gewerkschaften in diesem Augenblick etwas hilft, ist fraglich, denn es ist zu fürchten, daß der Entente-Kapitalismus gewillt ist, sein System des freien Verkehrs durchzuführen. Die neue Vertragsregelung soll zunächst nur auf ein Jahr gelten, um nach Ablauf dieser Probezeit die Möglichkeit einer andersartigen Regelung zu bieten. Die Gewerkschaften werden daher immer wieder die Forderung erheben, daß für die Durchführung der deutschen Sachleistungen paritätische Organisationen unter weiterer Mitwirkung der deutschen Arbeiter geschaffen werden.

Betriebsräte!

Die Volkshochschule Groß-Berlin eröffnet demnächst eine neue Arbeitsperiode. Unter den Bildungsanstalten, die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, fällt diesem Institut eine Aufgabe von beispielloser Wichtigkeit zu. Die Volkshochschule Groß-Berlin ist keine Konkurrenz, sondern die denkbar wichtigste Ergänzung einerseits der Räteschule, andererseits des von den Parteien betriebenen Bildungs-

wesens. Während die Räteschule den Zweck hat, der Arbeiter-Masse bestimmte Sachkenntnisse zu vermitteln, um sie in die Lage zu versetzen, die ihr aus ihrer Stellung im Produktionsprozess erwachsenden Aufgaben lösen zu können, obliegt den Bildungsanstalten der Parteien die Vermittlung des für den politischen Tageskampf erforderlichen Wissens, und zwar in der durch die Einstellung der Partei bedingten weltanschaulichen Einfärbung. Das Ziel der Volkshochschule Groß-Berlin besteht demgegenüber darin, ihre Hörer geistig selbständig zu machen und in eine innere Beziehung zur gesamten Kultur der Gegenwart zu setzen, von der alles laßt sich ablesen, ebenso wie alle Politik, nur ein kleiner, wenn auch wichtiger Ausschnitt ist.

Es liegt auf der Hand, daß die Bestrebungen der Volkshochschule Groß-Berlin auch dem gewerkschaftlichen und politischen Streben der Arbeiterschaft zu Gute kommen. Je weiter der Horizont der Arbeiterschaft sich weitet, desto rascher und zweckmäßiger wird sie die Probleme lösen können, die sich ihr darbieten. Die Volkshochschule Groß-Berlin ist bestrebt, in diesem Sinne zu wirken. Dem Vorstand und Ausschuss gehören Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung bereits in großer Zahl an. Je größer der Gebrauch die Arbeiterschaft von ihr machen wird, desto größer wird ihr Einfluß auf das Institut sein. Daher ist es notwendig, die Volkshochschule Groß-Berlin in den Kreisen der Kollegenschaft noch gründlicher zu propagieren. Jeder Betriebsrat hat die Pflicht, den Betrieb mit den Plakaten, Arbeitsplänen und sonstigen Drucksachen der Volkshochschule Groß-Berlin anzugehen zu belegen.

Die Verbindung des genannten Werbematerials ist dieser Tage erfolgt. Betriebsräte, die nicht beliefert worden sind, wenden sich zweckmäßigerweise sofort an die Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin, Röss. 7, Georgenstraße 11/12 (Bahnhof Friedrichstraße). Die Geschäftsstelle ist täglich von 8-4 Uhr, Sonntagabend von 9-2, Freitag von 8-6, geöffnet. Telefon: Amt Zentrum 7591. Es genügt, die Zahl und Art der gewünschten Werbendruckfachen telephonisch mitzuteilen, worauf die Verbindung veranlaßt wird. Betriebsräte, seid Euch klar darüber, daß Ihr berufen seid, hier an der Verwirklichung einer Kultur ersten Ranges von eminenter Bedeutung mitzuwirken!

Maler! Am Donnerstag, den 6. April 1922, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung aller bei Anwesenheit der beauftragten Maler statt, die sich mit der Wahl des Gehilfenausschusses zu beschäftigen hat. Weil die Zusammenkunft des Gehilfenausschusses von großer Bedeutung für das Malerhandwerk ist, bitten wir alle interessierten Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. — Vorstand der Maler.

Musikinstrumenten-Arbeiter. Außerordentliche Mitgliederversammlung aller Branchen am Mittwoch, dem 5. April d. J., nachmittags 5 Uhr, in der „Brauerei Köningshof“, Schönhauser Allee 10/11. Tagesordnung: Bericht von den Vorverhandlungen, Erklären der Kollegen dringend notwendig! Die Vorstandslitung.

Bauarbeiter. Das letzte Lohnabkommen im Hoch- und Betonhandwerk ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden. Somit tritt der erhöhte Stundenlohn für das Vohngelände Groß-Berlin am 31. März in Kraft. Der Vereinsvorstand.

Zimmerer. Das letzte Lohnabkommen ist am 3. d. Mts. vom Verband der Baugeschäfte angenommen. Somit tritt der Stundenlohn von 21 Mark für das Vohngelände Groß-Berlin ab 31. März 1922 in Kraft. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin. Vertrauensmänner und Betriebsräte. Die zu heute, Dienstag, anberaumte Versammlung kann wegen Fortsetzung der Verhandlungen im Schlichtungsausschuss erst am Freitag, abends 7 Uhr, in der „Böhlow-Brauerei“, Prenzlauer Allee 242, stattfinden. Eintritt nur mit Verbandsbuch und Funktionärkartei. Die Ortsverm.

Parteiveranstaltungen

9. April. (Abend). Frauenarbeits-Rinderkamp-Komitee: Sitzung, abends 7.30 Uhr, bei Frau, Köpcke Straße 9. Bericht von der Bezirks-Frauenkonferenz.

„Sozialistische Frauenjugend“ (Gruppe Wedding). Der Einführungabend findet statt am Freitag, den 7. April, Sonntag, den 8. April, im Stadtpark, Berlinstraße, abends 7 Uhr, statt.

Vereinskalendar

Donnerstag, den 6. April.

Deutscher Gewerkschaftsverband, Section Teltow. Abends 6.30 Uhr, Versammlung der Teltow-Abteilung bei Frau, Heberstraße 17, Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung, Mitgliedsbuch legitimiert; sonst kein Zutritt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Bezirksversammlung des 11. Verwaltungsbezirks (Tempelhof-Viertel), abends 7 Uhr, in der Schulstraße 10, Berlinstraße, Ecke Schulstraße, Mitgliedsbuch legitimiert.

Bund der sozialistischen Angestellten und Beamten. Ortsversammlung des 11. Bezirks, abends 8 Uhr, Mitgliedsbuch legitimiert im Restaurant „Zum Althoff“.

Freitag, den 7. April.

Deutscher Gewerkschaftsverband, Bezirk 15, Fachgruppe „Papier“. Generalversammlung nachmittags 5 Uhr im Klubhaus, Cominstraße 3.

Zentralverband der Metallarbeiter und Feiler, Verwaltungsstelle Groß-Berlin. Abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Unter den Eichen 24/25, Saal 1, unter allgemeiner Mitgliedsbuchlegitimation statt. Tagesordnung: 1. Lohnbewegung; 2. Regime der Feiler; 3. Betriebsräte. Als 11 unbedingte Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, persönlich an der Versammlung zu erscheinen.

Bund der sozialistischen Angestellten und Beamten. Mitgliedsbuchlegitimation. Freitag, den 7. April, abends 7.30 Uhr, in der Schulstraße 10, Berlinstraße, Ecke Schulstraße, Mitgliedsbuch legitimiert. — Oberst 2, Schulstraße 10, Berlinstraße 7.30 Uhr. — Potsdam, Köpckeplatz, Neubabelsberger Straße, 7.30 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Denzel, Berlin: für den Anzeigen- und geschäftlichen Mittelteil: Ludwig Hommerich, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, c. o. m. d. h. Berlin. — Druck von Gebrüder & Heimer, c. o. m. d. h. Berlin, E. B. 68, Ritterstraße 75.

Deutscher Holzarbeiterverband Verwaltungsstelle Berlin.

Vertrauensmänner und Betriebsräte!

Die zu heute Abend (Dienstag, den 4. 4. 22) anberaumte Versammlung kann wegen Fortsetzung der Verhandlungen im Schlichtungsausschuss erst am

Freitag, dem 7. April abends 7 Uhr

in der „Böhlow-Brauerei“, Prenzlauer Allee 242 stattfinden.

Eintritt nur mit Verbandsbuch und Funktionärkartei.

Die Ortsverwaltung.